

Az.: 109 C 3

Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Mitte
am Montag, 23.09.2019 in Berlin

Gegenwärtig:

Richter am Amtsgericht

Justizbeschäftigte
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle

In Sachen

./ HUK 24 AG

für den Kläger und Rechtsanwalt Schleyer

für die Beklagte
Rechtsanwältin

Kl.-Vertreterin stellt die Anträge aus der Klageschrift [Bl. 3 d. A.].

Bekl.-Vertreterin beantragt, die Klage abzuweisen.

Am Schluss der Sitzung

-erkannt und verkündet-

-Urteil gemäß § 313 a ZPO-

1. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 77,76 € sowie weitere außergerichtliche Rechtsanwaltskosten in Höhe von 70,20 €, jeweils nebst Zinsen in Höhe von 5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit dem 4. Dezember 2018 zu zahlen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Wesentlicher Inhalt der Entscheidungsgründe:

Die Klage ist begründet. Nach Auffassung des Gerichts kann der Kläger, aus dem an ihn wirksam abgetretenen Anspruch auf Ersatz von Sachverständigenkosten aus § 115 VVG, 249 BGB in Verbindung mit § 398 BGB, von der Beklagten die restliche Zahlung in Höhe der Klageforderung verlangen.

Es handelt sich vorliegend nicht um erhöhte Sachverständigenkosten, die ein wirtschaftlich denkender Geschädigter nicht hätte auslösen dürfen. Stattdessen gehören diese zu den erforderlichen Aufwendungen im Sinne von § 249 Abs. 2 BGB.

Die Kosten für die Begutachtung des bei einem Verkehrsunfall beschädigten Fahrzeugs gehören zu den mit dem Schaden unmittelbar verbundenen und gemäß § 249 Abs. 1 BGB auszugleichen- den Vermögensnachteilen, soweit die Begutachtung zur Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs erforderlich und zweckmäßig ist. Als erforderlich im Sinne von § 249 Abs. 2 BGB sind diejenigen Aufwendungen anzusehen, die ein verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Verkehrsunfallgeschädigten machen würde. Wenn der Geschädigte die Höhe der für die Schadensbeseitigung aufzuwendenden Kosten beeinflussen kann, so ist er gehalten, im Rahmen des ihm Zumutbaren den wirtschaftlicheren Weg der Schadensbehebung zu wählen.

Nach § 249 Abs. 2 BGB soll dem Geschädigten bei voller Haftung des Schädigers im Grundsatz ein möglichst vollständiger Schadensausgleich zukommen. Deshalb ist eine subjektbezogene Schadensbetrachtung anzustellen, d.h. Rücksicht auf die spezielle Situation des Geschädigten, insbesondere auf seine individuellen Erkenntnis- und Einflussmöglichkeiten sowie auf die möglicherweise gerade für ihn bestehenden Schwierigkeiten, zu nehmen.

Es wäre daher nicht sachgerecht, wenn der Geschädigte bei Ausübung der Ersetzungsbefugnis im Verhältnis zum ersatzpflichtigen Schädiger mit Mehraufwendungen der Schadensbeseitigung belastet bleibe, deren Entstehung seinen Einfluss entzogen und die ihren Grund darin haben, dass die Schadensbeseitigung in einer fremden, vom Geschädigten nicht mehr kontrollierbaren Einflussphäre stattfinden muss. Das Werkstattisiko geht deshalb grundsätzlich zu Lasten des Schädigers (vgl. LG Hamburg, Urteil vom 04. Januar 2013 – 302 O 92/11; BGH, Urteil vom 11. Februar 2014 – VI ZR 225/1, AG Berlin-Mitte, Urteil vom 23.09.2015 – 18 C 3143/15).

Der Geschädigte kann sich dabei regelmäßig damit begnügen, einen ohne weiteres erreichbaren Sachverständigen zu beauftragen. Er muss nicht zuvor eine Marktforschung nach dem honorar- günstigsten Sachverständigen betreiben (u.a. AG Berlin-Mitte 4 C 3071/15 Rn. 8). Auch kann es im Ergebnis dahingestellt bleiben, ob die BSVK, an der sich der Sachverständige hier vorliegend orientierte, tatsächlich zutreffend zugrunde gelegt worden ist. Die BSVK – Honorarbefragung ist zwar eine taugliche Schätzgrundlage, aber nicht zwingend Grundlage jeder Sachverständigenrechnung. Stattdessen darf der Sachverständige seine Vergütung einseitig bestimmen (vgl. AG Berlin-Mitte, Urteil vom 24.02.2015 – 103 C 3089/14).

Jedoch ist der vom Geschädigten aufgewendete Betrag nicht notwendig mit dem zu ersetzenden Schaden identisch. Liegen die mit dem Sachverständigen vereinbarten oder von diesem berechneten Preise für den Geschädigten erkennbar erheblich über den üblichen Preisen, so sind sie nicht geeignet, den erforderlichen Aufwand abzubilden (vgl. BGH VI ZR 357/13). Eine über diese Grundsätze hinausgehende Preiskontrolle findet im Schadensersatzprozess jedoch nicht statt.

Vor diesem Hintergrund vermag das Gericht hier kein auffälliges Missverhältnis festzustellen. Der Unfallgeschädigte hat einen Vertrag mit einem Sachverständigen geschlossen, der als Honorar eine Grundgebühr von 412,00 €, Fahrkosten, Fotokosten sowie Telefon- und Portokosten -insgesamt 659,93 € brutto- abgerechnet hat. Der Sachverständige hat sich vorliegend zulässig und im Ergebnis vertretbar im Rahmen seines Gestaltungsspielraumes orientiert.

Dementsprechend bleibt der Einwand der Beklagten, das vereinbarte Sachverständigenhonorar würde die ortsübliche Vergütung deutlich überschreiten, ohne Erfolg. Dieser Einwand kann dahinstehen, da es sich aufgrund der subjektbezogenen Schadensbetrachtung trotzdem um die erforderlichen Kosten handelt, da der damalige Geschädigte keinen Anlass hatte, die vom Sachverständigen verlangten Preise auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Es handelt sich bei der Beauftragung eines am Unfallort ansässigen Sachverständigen und der damit verbundenen Vereinbarung von den vom Sachverständigen geforderten Preisen um das, was ein verständiger, wirtschaftlich denkender Mensch in der Lage des Geschädigten machen würde.

Das gilt auch, soweit die Beklagte hinsichtlich einzelner Nebenkosten geltend macht, es sei nicht üblich diese überhaupt oder in der geltend gemachten Höhe neben der Grundgebühr zu berechnen. So unterliegt es keinen Bedenken, wenn ein Sachverständiger ein Grundhonorar berechnet und daneben Nebenkosten für Schreibkosten, Porto/Telefonkosten pauschal, Fahrtkosten sowie für Lichtbilder berechnet (AG Berlin-Mitte 112 C 3053/14 Rn. 9). Ob und welche Kosten dem Sachverständigen für seine Leistungen entstanden sind, ist unerheblich. Es kommt daher nicht auf den Einwand der Beklagten, dass die Kosten für Fotos in den letzten Jahren gesunken sind, an. Der Sachverständige hat eine Leistung erbracht, für die er von dem Geschädigten eine Vergütung verlangen kann. Die Höhe der Vergütung richtet sich dabei vorrangig nach der Preisvereinbarung und bei dessen Fehlen nach der Üblichkeit des abgerechneten Preises, nicht aber nach den Eigenkosten des Sachverständigen (vgl. AG Siegburg, Urteil vom 02.01.2016 – 113 C 191/15). Vor diesem Hintergrund kann ein Verstoß des Unfallgeschädigten gemäß § 254 BGB gegen seine Schadensminderungspflicht durch die Beauftragung des Sachverständigen nicht festgestellt werden.

Die Nebenentscheidungen folgen aus §§ 286, 288 BGB, 91 Abs. 1, 708 Nr. 11, 711, 713 ZPO.

Richter am Amtsgericht

JBesch
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle